

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

Inhaltsverzeichnis

1. Anhörung zum „Dienstrechtsmodernisierungsgesetz“	1
2. Aktuelles aus der Rechtsprechung.....	3
3. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen.....	5
4. Neues auf Rehmnetz.....	5
4.1 Rechtsprechung.....	5
4.2 Blog zur Beamtenrechtsreform	5
4.3 Newsletter zur Beamtenrechtsreform	5
5. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten.....	6

1. Anhörung zum „Dienstrechtsmodernisierungsgesetz“

Auf Antrag der Oppositionsfraktionen hat am Donnerstag, den 26.8.2010 vor dem Innenausschuss des Landtages eine öffentliche Anhörung zum „Dienstrechtsmodernisierungsgesetz“ (siehe Newsletter Nr. 3/2010 und 4/2010, S. 2) stattgefunden. Im Nachgang dazu haben fast alle Fraktionen des Landtages Pressemeldungen veröffentlicht. Denen ist zu entnehmen, dass zwar aktuell am Vorhaben der Anhebung der unterschiedlichen Pensionsaltersgrenzen festgehalten wird, Änderungen im Detail werden aber nicht mehr ausgeschlossen.

Verlauf der Anhörung am 26.8.2010

Während der Anhörung im Landtag gab es keine einheitlichen Positionen für oder gegen das Vorhaben. Die Gewerkschaften haben ihre grundsätzliche Kritik an der Einführung der „Pension mit 67“ wiederholt und deutlich gemacht. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass unverändert ausgebildete Anwärterinnen bzw. Anwärter bzw. Referendarinnen bzw. Referendare nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung nicht in jedem Fall in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen werden. Solange dies nicht gewährleistet sei, verschärfe die „Pension mit 67“ das Übernahmeproblem noch zusätzlich.

Ferner wurde darauf hingewiesen, dass die 20-Jahres-Grenze für den Bereich des Schichtdienstes zu

Ungerechtigkeiten im Einzelfall führen kann. Insbesondere dann, wenn z. B. jemand nach 19 Jahren und 11 Monaten nicht mehr einsatzdiensttauglich ist. Unterstützung z. B. in dem Protest gegen die Anhebung der besonderen Altersgrenze von z. Zt. 60 Jahren auf dann 62 Jahre auch für den Bereich der Berufsfeuerwehren kam von der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Hessen (AGBF).

Sie haben darauf hingewiesen, dass bezogen auf die vergangenen 10 Jahre lediglich $\frac{1}{3}$ aller Einsatzdienstbeamten der Berufsfeuerwehren voll einsatzdiensttauglich mit Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze von 60 Jahren in den



Produkttip

Walz/Eichen/Sohm
Soldatengesetz



2., neu bearbeitete Auflage 2010
XXIX, 1.058 Seiten, Hardcover
ISBN 978-3-8073-0228-7
€ 84,95

[\[bestellen\]](#)

Der Inhalt:

Die neue Auflage des bewährten Kommentars gibt kompetente Antworten auf alle rechtlichen Fragen des Truppenalltags.

- Durch die Einarbeitung des Wehrrechtsänderungsgesetzes 2008, des Beamtenstatusgesetzes sowie zahlreicher Änderungen des Bundesbeamtengesetzes und des Soldatengesetzes aufgrund des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes ist der Kommentar auf aktuellem Stand der Gesetzgebung.
- Neben Erläuterungen zu den Rechten und Pflichten der Soldaten wird dem militärischen Statusrecht in besonderem Maße Rechnung getragen.
- Querverbindungen zum Beamtenrecht werden deutlich gemacht.
- Jede Norm wird von ihrer Entstehung bis zur gegenwärtig geltenden Fassung mit sämtlichen Änderungen in allen Tatbestandsmerkmalen detailliert und praxisgerecht erläutert.
- Rechtsprechung und Literatur sind in zahlreichen weiterführenden Fundstellennachweisen ausgewertet.

Ruhestand versetzt werden konnten. $\frac{2}{3}$ der Beamtinnen und Beamten hingegen mussten entweder wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden oder konnten bis zum 60. Lebensjahr keinen Einsatzdienst mehr leisten. Angesichts dieser Zahlen würde mithin eine Verlängerung auf 62 Jahre ins Leere laufen.

Die kommunalen Arbeitgeber haben zudem moniert, dass der Gesetzentwurf keine Fortsetzungsregelung für die am 31.12.2009 ausgelaufene Altersteilzeit enthalte. Eine solche sei jedoch wünschenswert.

Die **Reaktionen** der im Landtag vertretenen **Parteien** auf den Verlauf der Anhörung sind unterschiedlich. In jeweiligen Presseerklärungen vom 9.09.2010 haben sie sich geäußert.

Der innenpolitische Sprecher der **CDU-Fraktion** im hessischen Landtag, Holger Bellino verteidigte in einer pauschalen Erklärung den auch von seiner Fraktion vorgelegten Gesetzentwurf. Damit solle das „Dienstrecht ... den aktuellen Anforderungen schrittweise angepasst werden und für mehr Gerechtigkeit und Effizienz sorgen.“ Die CDU-Fraktion werde „in Ruhe und Besonnenheit an dieser

notwendigen Modernisierung des Dienstrechts weiterarbeiten“.

Deutlicher wird da schon die **FDP-Fraktion**. Der kommunalpolitische Sprecher Dr. Frank Blechschmidt erklärte in einer Mitteilung, dass nach dem Verlauf der Anhörung „aus meiner Sicht Handlungsbedarf besteht. Insbesondere bei dem Wechsel- und Schichtdienst (§ 194), aber auch im Regelungsbereich der Behinderten. Hier müssen wir ein Signal setzen“.

Die **Fraktion der SPD** wird nach den vorliegenden Informationen über einen Änderungsantrag zumindest den Versuch unternehmen, einige massive Benachteiligten zu vermeiden. Dies soll sich auf die 20-Jahres-Grenze im Bereich des Schichtdienstes, der vollumfänglichen Einbeziehung von bereits in Altersteilzeit befindlichen Beschäftigten sowie bei der Anhebung der Altersgrenze für Schwerbehinderte beziehen. Details standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Der innenpolitische Sprecher von **Bündnis90/Die Grünen**, Jürgen Frömmrich erklärte ebenfalls in einer Pressemitteilung, dass Bündnis90/Die Grünen „es gesellschaftlich für geboten“ halten, „auch das Pensionseintrittsalter der Beamtinnen und Beamten anzuheben“. Es sei niemandem vermittelbar, „warum Angestellte mit 67 Jahren, Beamte aber schon mit 65 Jahren in den Ruhestand gehen können“. Gleichzeitig kritisierte Frömmrich aber die Beibehaltung der wöchentlichen Arbeitszeit von bis zu 42 Stunden. Gefordert wird, „die Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten von 42 auf 40 Stunden zu reduzieren“.

Am weitestgehenden sind die Forderungen der **Fraktion der Linken**. Hermann Schaus, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion hat in einem Antrag für die Landtagsitzung am 9.9.2010 gefordert, dass die Fraktionen von CDU und FDP den Gesetzentwurf vollständig zurückziehen und zunächst einmal eine breite Diskussion mit den Gewerkschaften vorgenommen wird. Dieser eher grundsätzliche Antrag ist jedoch noch im September 2009 von der Mehrheit des Landtages zurückgewiesen worden.

Tipp

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit unserem Experten
Dr. Maximilian Baßlperger.



Die neuesten Themen:

- Rechtsfreie Räume – Beamte machtlos!
- Assessment-Center bei der Ernennung von Beamten – Teil II
- Assessment-Center bei der Ernennung von Beamten

[\[direkt zum Blog\]](#)

Damit zeichnet sich ab, dass insbesondere die Fraktionen von CDU und FDP an ihrem eigentlichen Plan, der Einführung der „Pension mit 67“ festhalten, Änderungen im Detail jedoch nicht mehr ausschließen.

Das weitere Verfahren

Entgegen der ursprünglichen Absicht ist das Gesetz nun doch nicht in der ersten September-Woche im Landtag verabschiedet worden. Nach dem bekannt gewordenen Zeitplan ist nunmehr beabsichtigt, dass der Innenausschuss des Landtages am 4.11.2010 das Ergebnis der Anhörung v. 26.8.2010 auswertet und eine Beschlussempfehlung für den Landtag ausspricht. Hier ist dann auch mit Entscheidungen über Änderungsanträge zu rechnen. Danach wäre es dann möglich, dass der Landtag in der Zeit vom 16.11. bis 18.11.2010 das Vorhaben in 2. (bzw. wahrscheinlich 3.) Lesung abschließend berät. An dem Zeitplan des Inkrafttretens sowie des Beginns der Anhebung der derzeitigen Altersgrenzen ab Januar 2012 würde dies nichts ändern. Die oder der Änderungsantrag lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Im Übrigen mehren sich die Anzeichen, dass die „Dienstrechtsreform II“ im Frühjahr 2011 auf den Weg gebracht wird. Es steht bekanntlich noch die Umsetzung des föderalisierten Besoldungs- bzw. Laufbahnrechts aus.

2. Aktuelles aus der Rechtsprechung

HessVGH: Mitbestimmung nach dem BPersVG bei der Einstellung bzw. Eingruppierung umfasst auch die Stufenzuordnung nach TVöD

Seit dem Inkrafttreten des TVöD im Jahre 2005 bzw. des TV-L im Jahre 2006 gibt es einen mitbestimmungsrechtlichen Streit darüber, ob die im Zusammenhang mit der Einstellung bzw. Ersteingruppierung erforderliche Stufenzuordnung (§ 16 -Bund- Abs. 3 TVöD) der Mitbestimmung nach § 75 Abs. 1 Nr. 2 BPersVG unterliegt oder nicht. Eigentlich ist diese Frage bereits höchststrichterlich entschieden (BVerwG v. 27.8.2008, PersR



Seminartipp

Aktuelle Seminare zum Beamtenrecht

Beamtenrecht Teil I

Grundlagen und Neuerungen durch das Beamtenstatusgesetz und Bundesbeamtengesetz

München 25. Oktober 2010

Beamtenrecht Teil II

Rechte, Pflichten und Rechtsfolgen unter Berücksichtigung des Beamtenstatusgesetzes und des Bundesbeamtengesetzes

München 26. Oktober 2010

Beamtenrecht Teil III

Rechtsschutz und aktuelle Rechtsprechung

München 27. Oktober 2010

Seminarpreis jeweils € 380,- zzgl. MwSt.

Kombipreis für alle 3 Seminare

€ 990,- zzgl. MwSt.

Nebentätigkeitsrecht

für Beamte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

München 28. Oktober 2010

Seminarpreis € 380,- zzgl. MwSt.

Nähere Informationen und Anmeldeöglichkeiten finden Sie [hier](#).

2008, S. 500), allerdings „nur“ für den Bereich des TV-L und damit für den Bereich der Bundesländer. Eine ausdrückliche Entscheidung für den Bereich des TVöD (Bund & Kommunen) steht noch aus.

Ungeachtet der eindeutigen Tendenz in der Rechtsprechung und des gleichgelagerten Systems von TVöD einerseits und TV-L andererseits gibt es in einzelnen TVöD-Dienststellen unverändert Streit über diese Frage. Nunmehr liegt auch eine die Mitbestimmung bejahende Entscheidung des Senats für Streitigkeiten nach dem BPersVG des HessVGH vor. In einem konkreten Fall hat das Gericht wie schon zuvor das BVerwG entschieden, dass die Stufenzuordnung mitbestimmungspflichtig ist. Es handelt sich um eine Dienststelle, die unter den Geltungsbereich des TVöD fällt. Aus diesem Grund hat der Senat auch die Rechtsbeschwerde zum BVerwG zugelassen.

VG Frankfurt a. M.: Mitbestimmung bei der Festsetzung von Mieten für Werkmietwohnungen befürwortet

Ein öffentliches Krankenhaus verfügt über eine Reihe von Werkmietwohnungen, die den Beschäftigten des Klinikums zur Anmietung zur Verfügung stehen. Mit Wirkung zum 1.10.2009 wurden die

Mieten erhöht. Eine Beteiligung des bestehenden Personalrats erfolgte nicht. Der Personalrat beantragte diese und erklärte, das Mitbestimmungsrecht nach § 74 Abs. 1 Nr. 4 HPVG umfasse auch die Festlegung der Miethöhe. Diesem Antrag entsprach das Gericht. Es wies darauf hin, dass nach § 74 Abs. 1 Nr. 4 HPVG auch die „allgemeine Festsetzung der Nutzungsbedingungen“ der Mitbestimmung unterliegt. Dies sei hier der Fall. Zu den allgemeinen Nutzungsbedingungen gehöre auch die Miethöhe.

VG Frankfurt a. M., Beschluss v. 14.6.2010, Az.: 23 K 535/10.F.PV.

Beschwerde zugelassen. Es ist nicht bekannt, ob sie eingelegt wurde.

Seminartipp

Entgeltgleichheit prüfen – mit eg-check.de

Methodische Instrumente zur Erkennung und Beseitigung von Entgeltdiskriminierung aufgrund des Geschlechts

In dem Seminar werden die Instrumente für die Analyse des

- anforderungsbezogenen Grundentgelts,
 - des Stufenaufstiegs beim Grundentgelt und
 - des Leistungsentgelts
- vorge stellt und an Beispielen illustriert.

Die Referentinnen

Dr. Karin Tondorf, freiberufliche Wissenschaftlerin und Beraterin zu Entgelt- und Gleichstellungspolitik, und Dr. Andrea Jochmann-Döll, Organisationsberaterin, Trainerin, Wissenschaftlerin (Entwickler/innen des Instruments).

Themenschwerpunkte

Deutsche und europäische Rechtsgrundlagen zur Entgeltgleichheit

- Betriebliche Statistiken zur Prüfung der drei Entgeltbestandteile
- Regelungs-Checks zur Prüfung der entsprechenden Entgeltregelungen
- Paarvergleiche für die Prüfung im Einzelfall
- Anwendungsbeispiele
- Handlungsmöglichkeiten, u. a. nach den Gleichstellungsgesetzen
- Hinweise zur Gestaltung des Prozesses

Seminarpreis € 350,00 zzgl. MwSt.

Nähere Informationen und Anmelde möglichkeiten finden Sie [hier](#).

ArbG Gießen: Beschäftigte in Altersteilzeit müssen bei Streikteilnahme nacharbeiten

Im Newsletter Nr. 1/2010 hatten wir über den bundesweit wohl ersten Rechtsstreit berichtet, in dem es um einen Beschäftigten geht, der sich in der Arbeitsphase der Altersteilzeit befindet, sich an einem Warnstreik beteiligt hat und von dem die Nacharbeit dieser Teilnahme dergestalt verlangt wurde, dass sich die Arbeitsphase um einen (!!) Tag verlängert. Das ArbG Gießen hat jetzt die Klage des Betroffenen gegen die Verlängerung der Arbeitsphase abgelehnt. In der relativ knappen Begründung wird die ablehnende Entscheidung im Wesentlichen mit dem Hinweis auf §§ 7 Abs. 1a und 7 SGB IV und somit sozialversicherungsrechtlich begründet. Im Falle der Altersteilzeit müsse es ein ausgewogenes Verhältnis von Arbeitsleistung zur Freistellungsphase geben. Die Berufung zum Landesarbeitsgericht wurde zugelassen. Es ist davon auszugehen, dass sie auch eingelegt wird.

Trotz der mit Ablauf des Jahres 2009 ausgelaufenen Altersteilzeit bleibt dieses Thema im Übrigen von Bedeutung. Im Rahmen der Tarifrunde des Jahres 2010 haben sich die Arbeitgeber Bund und VKA einerseits sowie die Gewerkschaft ver.di andererseits auf einen neuen „Tarifvertrag zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte (TV FlexAZ)“ verständigt. Er setzt, unter veränder-

ten Bedingungen, das System der Altersteilzeit fort. Von daher kann es auch künftig Anlass zu Streitigkeiten der beschriebenen Art geben.

ArbG Gießen v. 19.8.2010, Az.: 1 Ca 105/10

3. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

Der bestehende **Einkommenstarifvertrag** mit dem **Land Hessen** als Ergänzung zum TV-H kann mit Ablauf des 31.12.2010 erstmalig gekündigt werden. Auch im Geltungsbereich des TV-L steht im Jahre 2011 eine Tarifrunde an. Derzeit findet die gewerkschaftsinterne Meinungsbildung zur Forderungsaufstellung für diese Tarifrunde statt. Für Hessen wird die Tarifkommission am 7.12.2010 eine Entscheidung treffen. Auf der Bundesebene wird die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst am 14.12.2010 die Forderung beschließen. Wann die Verhandlungen im Jahre 2011 beginnen (TdL / Land Hessen), war bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht bekannt.

Von einer Einkommensrunde 2011 wären in Hessen neben dem „klassischen“ Landesbereich auch die **Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a. M.** sowie, im Falle einer Kündigung, auch die **Technische Universität Darmstadt** erfasst. Von einer Kündigung des TV-L oder Teilen von ihm auf der Bundesebene wäre in Hessen das **Klinikum der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität** kraft tarifvertraglicher Regelung erfasst.

*Christian Rothländer,
Sekretär beim ver.di Landesbezirk Hessen,
Ressort 2, Beamtenpolitik und Mitbestimmung,
Frankfurt a. M.*

4. Neues auf Rehmnetz

4.1 Rechtsprechung

Disziplinarmaßnahme bei kinderpornographischen Dateien im Besitz von Beamten:

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hatte am 19.8.2010 über Disziplinarlageverfahren gegen

zwei Beamte zu entscheiden, die sich kinderpornographische Dateien auf ihre Heimcomputer geladen hatten. Lesen Sie [hier](#) mehr dazu.

4.2 Blog zur Beamtenrechtsreform

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger kommentiert wöchentlich die Beamtenreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsam und kritischen Auge. Lesen Sie im Blog:

Die neuesten Themen:

- [Rechtsfreie Räume – Beamte machtlos!](#)
- [Assessment – Center bei der Ernennung von Beamten – Teil II](#)
- [Assessment-Center bei der Ernennung von Beamten](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).

4.3 Newsletter zur Beamtenrechtsreform

Die aktuelle Ausgabe 4/September 2010 unseres Newsletters zur Beamtenreform untersucht Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Statusrecht von Soldaten und Beamten.

Sie finden die Ausgabe [hier](#).

Tipp



**www.rehmnetz.de –
Besuchen Sie unsere Themenseiten!**

[Beamtenrecht](#)
[Personalvertretungsrecht](#)
[Gleichstellungsrecht](#)

5. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Ergänzungslieferungen. Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

Oktober:

227. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
111. Aktualisierung der Teilausgabe IV
§§ 51, 56 HBG, Anhänge

November:

228. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
112. Aktualisierung der Teilausgabe IV =
10. Aktualisierung des BeamStG
§ 61 BeamStG

Dezember:

229. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
61. Aktualisierung der Teilausgabe I
§§ 60, 64 HPVG, Anhänge

Hinweis:

Unsere treuen Abonnenten erhalten mit dieser Lieferung ein Poster zur Mitbestimmung nach dem HPVG als kostenloses Dankeschön!

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#)

Impressum:

R.v.Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: claudia.luz@hjr-verlag.de
Tel. 0 62 21/489-146, Fax 0 62 21/489 -529

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollte ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

© 2010, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg

bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20



Ja, ich bestelle:

Ihre Arbeitshilfen



Expl. _____
v. Roetteken (Hrsg.) / Rothländer (Hrsg.)
Beamtenstatusgesetz
Kommentar
Loseblattwerk in 2 Ordnern
ISBN 978-3-7685-0953-4
€ 129,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Expl. _____
Internetausgabe
Inklusive „Baßlsperger, Einführung ins Beamtenrecht“!
ISBN 978-3-7685-1353-1
€ 149,95, weitere Lizenzen auf Anfrage



Expl. _____
Walz/Eichen/Sohm
Soldatengesetz
2., neu bearbeitete Auflage 2010, Hardcover
ISBN 978-3-8073-0228-7
€ 84,95



Expl. _____
Auerbach
Das neue Bundesbeamtengesetz
Synopsis mit Kurzerläuterungen
zu den Änderungen im BBG
Softcover
ISBN 978-3-8073-0111-2
€ 29,90

Weitere Bestellmöglichkeiten



Bestellhotline:
0 800 / 21 83-333



Bestellfax:
0 89 / 21 83-76 20



Per E-Mail:
kundenbetreuung@hjr-verlag.de



Per Internet:
www.rehmetz.de



Per Post:
Verlagsgruppe
Hühig Jehle Rehm GmbH
81677 München



Picken Sie sich
das Beste heraus!

Wichtige Informationen
zum Themenkomplex
Beamtenrecht finden Sie auf
unserer Homepage!

[mehr Info]



Disziplinarrecht



Expl. _____
Ganssen (Hrsg.)
Disziplinarrecht in Bund und Ländern
Kommentar
Loseblattwerk in 3 Ordnern
ISBN 978-3-7685-3043-9
€ 139,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 239,95 ohne Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
Zängl, Conrad
Bayerisches Disziplinarrecht
Praktiker-Kommentar
Loseblattwerk im Ordner
ISBN 978-3-8073-0284-3
€ 99,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 229,95 ohne Aktualisierungslieferungen

Newsletter Beamtenreform

Sie möchten regelmäßig über Neuerungen zum Beamtenrecht informiert werden? Dann abonnieren Sie doch unseren kostenlosen Newsletter Beamtenreform.

[Jetzt abonnieren]



Hier können Sie unser komplettes Titelangbot zum Bereich Beamtenrecht einsehen.

WAN 514360

Einrichtung/Firma

Kundennummer (falls zur Hand)

Besteller/in Vorname/Name

Funktion

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon (freiwillig)*

Telefax (freiwillig)*

E-Mail (freiwillig)*

Ort/Datum



Unterschrift

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

*Datenschutzhinweis: Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen. Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

Ein Angebot der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

Garantiert mit Rückgaberecht.

Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt 4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich von dem Produkt nicht überzeugt sein, schicke ich es ohne weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versiegeltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

Aktualisierungsservice für Loseblattwerke und Software.

Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechtsänderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur vollständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen vorbehalten.

Stand Oktober 2010